

Nachrichten von Tom Schreiber



4/2010

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein weiteres Mal möchte ich Sie über das wichtigste in meiner Arbeit und aus dieser Stadt informieren.

Zu folgenden Themen werde ich Ihnen diesmal einen Einblick geben:

- Neues Maß für Transparenz aufgestellt!
- Verfassungsschutzbericht 2009: Berlin im Kampf gegen Extremismus
- Landesparteitag der Berliner SPD: A 100 weiterbauen & Wohnungspolitik ökologisch und gerecht gestalten!
- Widerwärtiger Angriff auf Polizisten bei Anti-Krisen-Demo
- Joachim Gauck für die Berliner SPD
- Aktion Regenbogenbrücke mit und in Tel Aviv
- Gegen Homophobie im Bund, Berlin und Treptow-Köpenick!
- Neue Bezirksamtsbroschüre 2010/2011 von Treptow-Köpenick erschienen
- Termine und Kontakt

Ich bin direkt gewählter Abgeordneter aus Treptow-Köpenick für die Kieze Wendenschloß, Allende, Müggelheim und die Altstadt Köpenick. Im Abgeordnetenhaus, in dem ich Sie seit 2006 vertreten darf, sitze ich in den Ausschüssen für Inneres und Sicherheit, für Verfassungsschutz und für Wissenschaft und Forschung. Zusätzlich bin ich Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion.

Ich bin Ihr Ansprechpartner für Probleme, die Sie haben, für Fragen, die Sie sich stellen, oder Anregungen, Wünsche und auch Kritik. Dazu halte ich in jedem Monat Bürgersprechstunden ab, deren Termine am Ende dieses Newsletters zu finden sind. Aber auch außerhalb dieser Sprechstunden, bin ich jederzeit für Sie erreichbar. Schreiben Sie mir per Post oder E-Mail oder rufen Sie mich einfach an. Meine Daten finden Sie am Ende des Newsletters.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen. In jedem Fall werden Sie hier interessante Punkte finden.

Mit den besten Grüßen



Ihr Tom Schreiber
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Neues Maß für Transparenz aufgestellt!

Der Berliner Wassertisch setzt sich seit längerem für die Offenlegung von Verträgen mit privaten Anbietern der Daseinsvorsorge ein. Daher starteten sie ein Volksbegehren. Die SPD stellte sich sehr frühzeitig hinter die Forderungen und versprach, zügig für eine Umsetzung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu sorgen. Mit einem gemeinsam im Abgeordnetenhaus beschlossenen Antrag der Sozialdemokraten, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen zum Informationsfreiheitsgesetz für Transparenz und Offenlegung bei Privatisierungen soll das Versprechen nun umgesetzt werden. Mit der Neufassung des Gesetzes wird sichergestellt, dass zukünftig keine Verträge mit Geheimhaltungsklauseln mehr abgeschlossen werden. Dies gilt fortan für die wichtigsten Bereiche der Daseinsvorsorge und darüber hinaus:

- Wasserver- und Abwasserentsorgung
- Abfallentsorgung
- öffentlicher Nahverkehr und Krankenhauswesen
- Energieversorgung
- Verbreitung von Daten, die im Zusammenhang mit hoheitlicher Tätigkeit stehen

Weiterhin sind Umgehungsmöglichkeiten beseitigt, da vom Informationsfreiheitsgesetz nicht nur der Verkauf von Unternehmensbetei-

ligungen, sondern ebenso Erbpachtverträge sowie die Vermietung von Grundstücken oder beweglichen Objekten betroffen sein werden. Zusätzlich unterliegen auch vor Beschluss des geänderten Gesetzes abgeschlossene Verträge den Bestimmungen, für die jedoch ein halbes Jahr Zeit eingeräumt wird, um die Verträge entsprechend der neuen Lage nachzuverhandeln, da man ebenso verfassungsrechtlichen Bestimmungen unterliegt. Nach Ablauf dieser Frist wird eine Offenlegung der Verträge erfolgen, wenn dieses Interesse das Geheimhaltungsinteresse deutlich überwiegt.

Als einzige Ausnahme gelten Vertragsbestandteile, bei denen das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis betroffen ist oder dem privaten Partner durch Offenlegung ein Schaden entsteht. Besonders wichtig ist dabei, dass der Vertragspartner die Darlegungslast trägt und dies in eine Gesamtabwägung des Landes Berlin für die Offenlegung eingeht.

Das neue Informationsfreiheitsgesetz setzt neue Maßstäbe. Es sorgt für umfassende Transparenz bei den Entscheidungen über das Eigentum der Berlinerinnen und Berliner ohne bisherige Vertragspartner vor den Kopf zu stoßen. Auf einfachem Wege sollen die Verträge bei öffentlichem Interesse für jede und jeden in Zukunft auch im Internet einsehbar sein. Wir stellen uns damit klar an die Seite der Bürgerinnen und Bürger.

Verfassungsschutzbericht 2009: Berlin im Kampf gegen Extremismus

In diesem Monat wurde vom Berliner Senat der neue Verfassungsschutzbericht für 2009 veröffentlicht. Einige wichtige Erkenntnisse können daraus gewonnen werden, welche die von den vielfältigen Presseberichten geschaffene Unschärfe auflöst.

Der Berliner Verfassungsschutz ist mit seinem Frühwarnsystem dafür verantwortlich, die Gefahren für die Demokratie rechtzeitig zu erkennen und die Gegner unserer verfassungsgemäßen Grundwerte und solche, die extremistische Ziele verfolgen, zu schwächen. Er ist demnach für die freiheitlich, demokratische Grundordnung des Bundes sowie unserer Länder verantwortlich und steht natürlich selbst unter diesem Status, indem er strengen gesetzlichen Regeln unterliegt, wie etwa die regelmäßige Un-

terrichtung von Senat, Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit sowie dem Verbot, willkürliche Personenüberwachung zu betreiben.

Seiner Hauptaufgabe Informationen zu sammeln und zu analysieren ist der Verfassungsschutz auch in 2009 umfangreich nachgekommen. So kann bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus festgestellt werden, dass das Personenpotential grundsätzlich auf 1670 Personen zurückgegangen ist. Diese sind insbesondere bei den Parteien, u.a. NPD und DVU, zu verzeichnen. Der NPD gehören noch etwa 300 Mitglieder an, wobei eine hohe Fluktuation unter den Anhängern zu verzeichnen ist. Zahlreichen Parteiaustritten stehen intensive Rekrutierungsbemühungen bei den freien Netzwerken gegenüber, was auch am leichten

Zuwachs bei den Jungen Nationaldemokraten zu erkennen ist. Auch die politisch motivierten Straftaten von rechts gingen insgesamt zurück. So sind besonders Gewalt- und Propagandadelikte gesunken. Dies ist jedoch kein Anlass zur Entwarnung vor den Gefahren von rechts. Auch wenn ein Rückgang bei antisemitisch motivierten Fällen und Taten gegen links festzustellen sind, fanden immer noch 1261 Straftaten statt.

Ein deutlicher Anstieg ist jedoch beim Linksextremismus zu verzeichnen. Sowohl der Teilnehmerkreis ist gewachsen, als auch der Anteil der aktionsorientierten, gewaltbereiten Personen. Im gesamten Jahr 2009 wurden 1291 politisch motivierte Straftaten registriert, was einen massiven Anstieg darstellt – besonders bei den Gewaltdelikten (+ 355 Fälle). Diese wurden hauptsächlich im Frühjahr durchgeführt. So fielen die Walpurgisnacht und der 1. Mai im Vergleich zu den Vorjahren mit einem Anstieg um 71 auf 90 Fälle stärker gewaltbezogen aus. Zusätzlich wurden in den sogenannten „actionweeks“ vom 06. bis 21. Juni 147 Straftaten registriert. Aus beiden Beispielen kann auch die Erkenntnis gezogen werden, dass Autonome mehrfach Bündnisse mit ursprünglich nicht-extremistischen Gruppen anstreben, um diese inhaltlich zu beeinflussen und zu radikalisieren.

Ein dritter Bereich, der besonders durch den

Verfassungsschutz beobachtet wird, ist der islamistische Terrorismus. Ohne damit Panik auszulösen, muss festgestellt werden, dass Deutschland ein Ziel von Terroristen darstellt und man davon ausgehen muss, dass hier solche leben. Dabei muss zwischen weltweit operierenden Terroristen, wie Hamas, und am Rande der Legalität stehenden Islamisten, wie Milli Görüs, differenziert werden. Im Verfassungsschutzbericht wird zwischen transnationalen, regionalen Terrornetzwerken und gewaltausübenden Gruppen unterschieden. Generell kann eine ernstzunehmende Gefahr der Radikalisierung von Muslimen in der Bundesrepublik festgestellt werden, welche sich besonders im Salafismus niederschlägt.

Mein Fazit: Besonders linke Gewalt ist angestiegen und nicht zu unterschätzen, aber in keinem Fall mit rechter Gewalt gleichzusetzen. Wir müssen auch zukünftig stark zwischen den Fällen differenzieren und dürfen nicht dem Populismus verfallen. Doch seine Meinung verschweigen, fällt nicht darunter und es muss klar gesagt werden, dass wir achtsam vor jeder Form des Extremismus sein müssen, die an den demokratischen Grundfesten rüttelt.

Den Verfassungsschutzbericht 2009 kann man hier herunterladen:

http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/e2_publicationen.html

Landesparteitag der Berliner SPD: A 100 weiterbauen & Wohnungspolitik

ökologisch und gerecht gestalten!

Am Samstag, dem 26. Juni 2010, fand der Landesparteitag der Berliner SPD statt, auf dem neben den Vorstandswahlen auch weitreichende inhaltliche Entscheidungen getroffen wurden.

So fasste der Parteitag, an dem ich als Delegierter teilnahm, einen endgültigen Beschluss zur A 100-Verlängerung. 2006 hatten SPD und Linke in ihrem Koalitionsvertrag dies aufgenommen. Im letzten Jahr wurde ein Beschluss gegen den Weiterbau auf dem Berliner Parteitag gefasst. Dies wurde zum Anlass genommen, das Projekt unter verkehrs- und umweltpolitischen Blickwinkeln noch genauer unter die Lupe zu nehmen. Nach eingehender Beschäftigung fasste die Fraktion im Abgeordnetenhaus einen Beschluss, welcher positiv zur

Verlängerung der Stadtautobahn nach Treptow gegenüberstand. Mit einer sehr knappen Mehrheit von 113 zu 108 Delegierten sprach sich der Parteitag nun positiv gegenüber dem Weiterbau aus.

Dabei zählen für mich folgende Argumente. Am wichtigsten sind die Entlastungen in den Wohngebieten in Neukölln und Treptow. Der Verkehr wird an der Autobahn gebündelt und die Prognosen sehen deutlich weniger Kraftfahrzeuge in den umliegenden kleineren Straßen vor. Wichtig ist auch der verkehrs- und wirtschaftspolitische Faktor des Weiterbaus für den Ostteil der Stadt. Wirtschaft braucht gute Verbindungen und die A 100 bietet dies. Zwar ist das neue Teilstück der Autobahn sehr teuer, doch abgesehen von Planungsmitteln wird es

komplett aus dem Bundesetat finanziert. Somit können die Mittel auch nicht an anderer Stelle in Berlin verwendet werden, wie oft gefordert wurde. Dem guten Argument, dass eine Autobahn eine Stabilisierung von umweltschädlichem Verkehr darstellt, wurde mit einem Beschluss zu Begleitmaßnahmen auf dem Parteitag entgegengetreten. Unter einem Bündel von einzelnen Projekten sind unter anderem zu nennen: Eine Steigerung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt, die Befreiung dieser von Durchgangsverkehr und der Rückbau der Straßen, die durch die Autobahn entlastet werden. Ebenso sollen weitere Maßnahmen in Kraft treten, die den Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs verringern. Alles in allem haben wir so ein gutes und umfangreiches Konzept aufgestellt, in dem sich alle Interessen sehr gut wiederfinden.

Weiterhin hat sich die Berliner SPD in einem umfassenden Beschluss zur Mietenpolitik in Berlin positioniert. In dem Willen bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, Mietpreistreiber zu stoppen und den ökologischen Wandel der Stadt sozial zu gestalten, wird sich die SPD fortan für eine Wende in der Wohnungspolitik einsetzen. Es geht dabei um den Erhalt von kommunalem Wohnungseigentum, was weitere Privatisierungen ausschließt, und dies unter der Voraussetzung zu finanzieren ist, dass Wohnungen nicht den spekulativen Finanzmärkten ausgesetzt sind. Elementar wird sein, den ökologischen Wandel durch Wohnungsanierungen nicht in übersteigerte Mieterhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Wir brauchen noch bis zur Wahl im nächsten Jahr ein Klimaschutzgesetz, welches umfassend ökologisch und im selben Maß sozial gerecht die Wohnungsanierungen regelt.

Eine deutliche Positionierung gab es ebenfalls zur Kinderarmut in Berlin, die es zu bekämpfen gilt. Um kein Kind in dieser Stadt zurückzulassen, haben wir umfangreiche Maßnahmen gegen dieses Problem beschlossen. Dabei spielen besonders Teilhabe, sozialer Aufstieg und finanzielle Unabhängigkeit durch Bildung eine Rolle. Ebenso beschlossen wir das Wahlalter der Bürgerinnen und Bürger für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre herabzusetzen.

Am gleichen Tag wurde der Vorstand der Berliner SPD für die kommenden zwei Jahre gewählt. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller wurde wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind Babara Loth, Mark Rackles, Marc Schulte und Iris Spranger. Aus Sicht der Treptow-Köpenicker gab es erfreuliche Ergebnisse. So wurde Harald Christ, der noch im letzten Jahr im Kompetenzteam von Frank-Walter Steinmeier wirkte, zum Landeskassier gewählt. In den Landesvorstand aus meinem Bezirk kamen Oliver Igel als Kreisvorsitzende, die stellv. Kreisvorsitzende Renate Harant und André Rostalski als Landesvorsitzender der AG Schwusos, eine Gemeinschaft, die sich im Besonderen für die Belange Homo-, Bi- und Transsexueller Menschen einsetzt. Leider nicht geschafft hat es Ellen Haußdörfer, die im Abgeordnetenhaus als stadtentwicklungspolitische Sprecherin wirkt.

Es war ein sehr langer Tag, der jedoch überwiegend erfreuliche Ergebnisse hervorbrachte.

Alle Ergebnisse, Beschlüsse und einzelne Reden können hier abgerufen werden:

<http://www.spd-berlin.de/positionen/landesparteitage/landesparteitag-am-26-juni-2010/>

Widerwärtiger Angriff auf Polizisten bei Anti-Krisen-Demo

Am 12. Juni fanden in Berlin und anderen Städten große Demonstrationen gegen die Spar- und Krisenpolitik der Regierung statt. Zur Mittagszeit wurde in eine Gruppe von Polizisten auf der Demo ein aufgerüsteter Böller, der eine starke Sprengsatzkraft besaß, geworfen. Dabei gab es mehrere Verletzte, zwei davon schwer.

Zu dieser Tat habe ich klar meine Meinung geäußert:

http://www.berlinonline.de/berliner-kurier/berlin/zwei_polizisten_durch_splitterbo_mbe_zerfetzt/299102.php

und

<http://www.morgenpost.de/berlin/article1327578/Pappe-und-Kleidungs-fetzen-steckten-in-der-Haut.html>

(Die Artikel der Morgenpost sind nur gegen Bezahlung oder für Abonnenten der Zeitung einzusehen)

Joachim Gauck für die Berliner SPD

Am Mittwoch, dem 30. Juni, fand im Berliner Reichstag die Wahl zum Amt des Bundespräsidenten statt. Nach drei Wahlgängen wurde der Kandidat von Schwarz-Gelb Christian Wulff als neues Staatsoberhaupt gewählt. Herzlichen Glückwunsch an ihn. Der Kandidat der SPD und der Grünen, Joachim Gauck, fuhr achtbare Ergebnisse ein. In den letzten Wochen vor der Wahl war auch in ganz Berlin eine extrem positive Stimmung für ihn zu spüren. Für mich war ganz klar, dass er der richtige

Bundespräsident in dieser Zeit gewesen wäre. Das war deutlich bei seiner Vorstellung im Berliner Abgeordnetenhaus zu spüren:

<http://www.morgenpost.de/berlin/article1326720/Kuenast-stiehlt-bei-Gauck-Besuch-allen-die-Show.html>

(Die Artikel der Morgenpost sind nur gegen Bezahlung oder für Abonnenten der Zeitung einzusehen)

Aktion Regenbogenbrücke mit und in Tel Aviv

Vom 09. bis 12. Juni war ich in Tel Aviv und knüpfte dort Kontakte für das Projekt Regenbogenbrücke. Dabei soll es zu Jugendaustauschen und gemeinsamen Aktionen zwischen Berlin, Köln und Tel Aviv kommen. Beteiligt sind neben dem Verein MANEO und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin viele wichtige Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und den Reli-

gionsgemeinschaften.

Eine Woche nach dem Erscheinen dieses Newsletters werde ich unseren Reisebericht zur Verfügung stellen. Ich glaube, dass dieses Projekt einiges zur Verständigung unter den Nationen und Aufklärung über jede Form von sexueller Identität bieten kann.

Gegen Homophobie im Bund, Berlin und Treptow-Köpenick!

Obwohl wir uns zu einem weltoffenen und toleranten Land entwickelt haben, was man besonders in Berlin spüren kann, gibt es immer wieder und gab es auch in den letzten Wochen Fälle, die vom Gegenteil zeugen. Des Öfteren hört man homophobe Ausfälle auf der Straße oder in der Bahn. Der Angriff auf ein homosexuelles Pärchen in Treptow und die Vorfälle im Volkspark Friedrichshain vom vergangenen Wochenende sind traurige Beispiele für Homophobie, was selbst in Berlin ein Thema bleibt.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung mit dem Beauftragten der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Lesben und Schwulen, Johannes Kahrs und dem jugendpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick, Alexander Freier, habe ich auf den Anstieg von homophober Gewalt aufmerksam gemacht und Bund, Länder sowie Bezirke zum entschiedenen Handeln aufgefordert.

So sagte ich: "Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen in dieser Stadt auf Grund ihrer se-

xuellen Orientierung benachteiligt oder verletzt werden, deshalb hat die SPD-Abgeordnetenhausfraktion das Programm 'Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt' ins Leben gerufen und finanziell gut ausgestattet. Das kann aber lediglich ein Anfang sein. Es ist notwendig, dass Zivilgesellschaft, Polizei und Politik gemeinsam gegen Homophobie und Transphobie vorgehen. Gerade vor Ort in den Bezirken und deren Ortsteilen müssen wir noch aktiver werden. Daran arbeiten wir!"

Als Symbol für den Widerstand gegen Gewalt und Homophobie fand am Freitag, 2. Juli 2010, um 19.00 Uhr eine Mahnwach am Spanienkämpferdenkmal an der Friedensstraße im Volkspark Friedrichshain statt, an der viele teilnahmen, um ein deutliches Zeichen zu

Bericht im Tagesspiegel vom 2. Juli 2010:

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/spd-politiker-fordern-handeln-gegen-schwulenfeindlichkeit/1873602.html>

Neue Bezirksamtsbroschüre 2010/2011 von Treptow-Köpenick erschienen

Die neue Bezirksamtsbroschüre „Berlin Treptow-Köpenick, Informationen aus dem Rathaus 2010/2011“ ist erschienen und kostenlos in den Bürgerämtern und in anderen Dienststellen des Bezirksamts erhältlich.

Neben den Informationen über die Bezirksverordnetenversammlung und die Dienststellen des Bezirksamts enthält sie den gewohnten A-Z-Adressteil und anlässlich des 100jährigen Bestehens des Rathauses Treptow in diesem

Jahr, eine Darstellung der im Bezirk vorhandenen Rathäuser. Für alle Belange rund um das Leben im größten Bezirk Berlins findet man hier nützliche Hinweise und Informationen. Für jeden Haushalt ist sie empfehlenswert.

Die Broschüre kann auch hier kostenlos heruntergeladen werden:

<http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/buergerdienste/a-z.html#az>

Termine und Kontakt

Bürgersprechstunden halte ich abwechselnd im **Dorfklub Müggelheim** (Alt-Müggelheim 21) und im **Ratskeller Köpenick** (Alt-Köpenick 21) ab:

21.07.2010, 18 Uhr bis 19 Uhr: Ratskeller Köpenick

18.08.2010, 18 Uhr bis 19 Uhr: Dorfklub Müggelheim

Weitere Termine (eine Auswahl):

05.07.2010 – Freiheit 15: Gespräch mit Bezirksstadtrat Dirk Retzlaff

05.07.2010 – Wendenschloßstr.: Gespräch bei Active Kids

11.07.2010 – Ratskeller Köpenick (10 Uhr): Frühschoppen der SPD zum Thema „Linke Gewalt in Berlin“

13.07.2010 – Grünauer Str. 8/Köpenick: Kreisvorstand der SPD

14.07.2010 – Rathaus Schöneberg: Sitzung AG Migration

19.07.2010 – Müggelheim: Abteilungssitzung der SPD

Gerne kontaktieren Sie mich auch per E-Mail an tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,

per Telefon unter 030 / 232 522 81 oder 0177 / 711 36 24,

per Post an: Tom Schreiber, MdA
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:

<http://www.tom-schreiber.eu/>

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.

Mit Beginn des Monats Juli setzte die parlamentarische Sommerpause ein. Abgesehen von einer Spezialausgabe der Nachrichten von Tom Schreiber werde ich Sie über meine Arbeit und Geschehenes wieder Ende August informieren.